

## Diskussion (Arbeitsgruppe 4/Runde 2)

---

**Wilhelm Kaltenborn:** Ich war 1976/77 in der Abteilung Vorsitzender beim DGB- Bundesvorstand unter anderem für die Beziehungen des DGB zum FDGB zuständig. Das hat mich veranlasst, mir die Stasi-Akten geben zu lassen, unter anderem auch diejenigen, die die politische Bewertung der Kontakte DGB-FDGB durch das „Ministerium für Staatssicherheit (MfS)“ enthalten. Das Ergebnis war recht spannend.

Es gibt von 1970 und 1976 je eine Diplomarbeit an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam, in denen sehr nachdrücklich politisch bewertet wird, was vom DGB her und, in der Diktion des MfS, „seinen Auftraggebern“, SPD und Bundesregierung, alles an gefährlichen Entwicklungen zu erwarten ist. In beiden Arbeiten erkennt man auch eine gewisse Skepsis gegenüber dem FDGB, ob er möglicherweise nicht doch anfällig für westliche Einflüsse sei. Ich habe einen Brief von 1957 gefunden, geschrieben von Erich Mielke, damals noch Staatssekretär im MfS, an Walter Ulbricht, in dem er massiv vor dem Gewerkschaftertum warnt und Ulbricht auffordert, etwas dagegen zu unternehmen. Ab den achtziger Jahren enthalten die Akten nur noch Berichte ohne jeden Kommentar. Meine Frage lautet: Steckt dahinter, was die achtziger Jahre betrifft, der Vollzug der totalen Anpassung des FDGB an das System oder ist das eher der allgemeinen Ermüdung und dem allgemeinen Verschleiß in der DDR zuzuschreiben?

Außerdem möchte ich noch mein Unverständnis über die Entscheidung des DGB-Bundesvorstandes ausdrücken, nicht der Empfehlung gefolgt zu sein, diese Veranstaltung unter das Thema "Vierzig plus zehn Jahre" zu stellen. Wenn man die eigene 40-jährige Geschichte ohne jede Einschränkung fortschreibt, wird man niemanden im Osten zur Teilhabe und Identifikation bewegen können.

**Eva-Maria Stange:** Im Prinzip stand die Veranstaltung unter dem Motto "50 Jahre DGB" und mein Einwand, ob die Formulierung "40 plus 10" nicht treffender wäre, ist gar nicht zur

Diskussion gekommen. Aber die Konferenz ist immerhin so angelegt, dass 10 Jahre gemeinsame Geschichte anerkannt werden. Es gab eine Geschichte davor, die eben auch geteilte Geschichte ist. Viele Redner, meistens die West-Redner, vergessen, dass es eine geteilte Geschichte gibt und dass sie meistens nur den Westen meinen.

**Peter Hübner:** Die Akten der fünfziger Jahre lesen sich spannend, während die der achtziger Jahre von einer gewissen Trostlosigkeit sind. Das MfS hat in den fünfziger Jahren zweifellos versucht, über die so genannte West-Arbeit des FDGB direkten Einfluss auf DGB-Gewerkschaften zu nehmen. Für die siebziger Jahre, so weit kenne ich die Akten allerdings noch nicht, ist ein Umschwenken des MfS auf eine direkte Einflussnahme nicht auszuschließen. Der FDGB ist besonders während der achtziger Jahre in eine passive Position geraten, die auch eine stärkere Ritualisierung seiner Aktivitäten bedingte. Das deutet auch auf den Gesamtzustand der DDR-Gesellschaft hin, das ist nicht nur eine FDGB-Angelegenheit.

Zu der Frage des Umgangs mit der doppelten Geschichte: Man muss wahrscheinlich doch stärker in Erinnerung bringen, dass zum einen das Jahr 1989/90 mit der Vereinigung tatsächlich ein Glücksfall war und dass zum anderen die Teilung eine Jahrhundert-Katastrophe war, die nun hinter uns liegt.

**Regina Görner:** Ich habe eine Frage bezüglich der Lohngestaltungsfunktion des FDGB. In den konkreten Erfahrungen mit ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen habe ich immer wieder festgestellt, dass die Prozeduren von Tarifpolitik, die sich im Westen eingespielt haben, bei ihnen auf Unverständnis stoßen, wie es Eva-Maria Stange an anderen Beispielen auch für die Funktion von Gewerkschaften beschrieben hat. Können Sie das ein wenig erläutern?

**Peter Hübner:** Das ist eine der interessantesten Fragen in der Geschichte des FDGB. Denn genau dieser Bereich, Tarife, lief gewissermaßen schon in den fünfziger Jahren aus dem Ruder, und der FDGB hat nie wieder starken Einfluss darauf gewonnen. Man muss dabei im Blick haben, dass es eine Institution gab, die in den fünfziger Jahren aufkam und seit den sechzigern eine erhebliche Rolle spielte, nämlich die Brigadestruktur in den DDR-Betrieben. Sie löste zum Teil die FDGB-Aufgaben, die BGL-Vorsitzenden und Vertrauensleute standen daneben, während die Brigadeleiter die eigentliche Verhandlungsinstanz gegenüber den Betriebsleitungen wurden. Interessant sind die Wellenbewegungen in der Lohn- und Tarifentwicklung der DDR. Der Tarifsockel ging teilweise bis auf 50 Prozent des Reallohns zurück, alles andere war Verhandlungsmasse, und dabei spielten der FDGB bzw. seine Gewerkschaften eine relativ geringe Rolle, weil Prämien, Lohnzuschläge usw. oft direkt zwischen den Arbeitsbrigaden und den Betriebsleitungen ausgehandelt werden. Das alles ist aber bei weitem noch nicht hinreichend untersucht.

**Jürgen Weißbach:** Mir ist bei Besuchen von FDGB-Kollegen und beim FDGB deutlich geworden, dass es zwischen FDGB und SED im Hinblick auf Milieu-, Struktur- und auch Personalbildung Unterschiede gab, auch wenn in der Symbolik vieles als identisch erschienen ist. Man konnte sich nämlich über viele gewerkschaftliche Themen problemlos verständigen. Das schließt natürlich nicht aus, dass wir von den konkreten Abläufen, etwa bei der Lohnfindung, gegenseitig keine Ahnung hatten. Natürlich gibt es erhebliche Unterschiede zwischen DGB und FDGB in der Gewerkschaftsentwicklung, bis hin zu den Motiven, Gewerkschaftsmitglied zu sein. Wobei es auch im Westen so ist, dass ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder nicht aus tiefer gewerkschaftspolitischer Überzeugung Mitglied ist, sondern aufgrund einer

ganzen Reihe materieller, sozialer und anderer Interessenlagen. Wir müssen uns mit dem deutsch-deutschen Gewerkschaftsthema zweifellos intensiver beschäftigen, und ich appelliere an alle Hauptvorstände, dieses Thema endlich ernst zu nehmen.

**Eva-Maria Stange:** Ich kann dem nur zustimmen. Im nächsten Jahr ist, wie gesagt, eine ideale Gelegenheit, darüber zu reflektieren, und ich denke, gerade die Mitgliederverluste im Osten lassen auch die Gewerkschaften nicht kalt. Es sollte nicht nur punktuell nach Ursachen geforscht werden, sondern auch danach, warum Mitglieder Mitglied einer Gewerkschaft im Osten geworden sind, warum sie es bleiben oder nicht. Es hat viel Unverständnis gegeben, das sich zum Teil entladen hat auf Gewerkschaftstagen, z.B. im Jahre 1997, Unverständnis von den ostdeutschen Kollegen, dass die Gesamtorganisation so wenig die existentiellen Nöte wahrgenommen hat und so wenig zur gemeinsamen Lösung beigetragen hat. Wir sollten die Gelegenheit im nächsten Jahr nutzen.